

PRESSEMITTEILUNG

Drohende Verstaatlichung: Mittelstand bangt um getätigte Investitionen

München, 15. Januar 2026 – 35 Jahre nachdem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Volkseigenen Betriebe abgewickelt wurden, sollen diese ausgerechnet in Bayern offenbar eine Renaissance erleben. Die mittelständisch geprägte private Entsorgungswirtschaft bezeichnet die zwei größeren Projekte im Bereich Biogas auf kommunaler Seite in Schwaben (Vöhringen) und Oberbayern (Maisach), deren Planungen schon recht weit fortgeschritten sind, als faktische Enteignung.

Habecks Erbe: Kommunale Wärmeplanung lässt Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Vergessenheit geraten

Im Bundestagswahlkampf wurde der damalige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck für seine Wirtschafts- und Klimapolitik von verschiedenen Parteien hart kritisiert. Ein Kernstück seiner Politik, das Wärmeplanungsgesetz, dient nun einigen Kommunalpolitikern als Vorwand, um neue kommunale Biogasanlagen zu planen. In einer Sozialen Marktwirtschaft sollten aus Steuern und Abgaben finanzierte Kommunen jedoch nur dort wirtschaftlich tätig werden, wo sie notwendige Aufgaben nachhaltig besser erledigen können als steuerzahlende, private Unternehmen. Dies ist hier nicht der Fall, denn die bestehenden privaten Anlagen haben langjährige Erfahrung und Kompetenz im Anlagenbetrieb. Privatwirtschaftliche Organisation arbeitet in der Regel effizienter, innovationsfreudiger und kostensensibler.

Wettbewerbsverzerrung durch Kommunen

Im Vertrauen auf die Gewährleistung des freien Marktes wurden durch private Unternehmen Millionen in Anlagen investiert, die nun „per Beschluss“ ihrer Existenzgrundlage beraubt werden sollen, indem der Markt für Bioabfälle abgeschafft wird. Rückgrat unserer Wirtschaft ist der Mittelstand, dieser schafft Arbeitsplätze, zahlt Gewerbesteuern und unterstützt vor Ort Vereine und soziale Projekte.

Keine Bedarfsgrundlage

Für die geplanten neuen Anlagen besteht keine Notwendigkeit, denn mit zusätzlichen Mengen ist nicht zu rechnen, und es gibt ausreichend Verwertungskapazitäten für Bioabfall sowohl in Schwaben wie auch in Oberbayern. Neue Anlagen erzeugen zusätzliche ökologische Belastungen (Flächenversiegelung), ohne dass hierdurch mehr Energie gewonnen wird – es kommt ja lediglich zu einer Verlagerung des Materials in eine andere Biogasanlage.

Langfristige Risiken für Kommunen

Zuletzt gab es mehrere Fälle, in welchen geplante kommunale Biogasanlagen wegen zu hoher Bau- und Betriebskosten doch nicht realisiert wurden (Landkreise Lörrach und Waldshut sowie Stadtwerke Ettlingen/Landkreis Karlsruhe). Bereits heute hat sich die Erlössituation für die gewonnene Energie im Vergleich zur Zeit unmittelbar nach Beginn des Kriegs in der Ukraine deutlich verschlechtert. Somit kann man nicht ausschließen, dass aus einem Prestigeprojekt in Zukunft eine Last wird, welche die Bürger unmittelbar über gestiegene Abfallgebühren zu spüren bekommen.

VBS-Präsident Stefan Böhme: *„Die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den kommunalen Auftraggebern unserer Mitgliedsunternehmen war und ist uns stets ein besonderes Anliegen. Vor diesem Hintergrund irritieren uns die Pläne für die neuen Biogasanlagen sehr. Im Sinne der vollständigen Transparenz fordern wir die Veröffentlichung der jeweiligen Gutachten, auf deren Grundlage die Kreistage die entsprechenden Beschlüsse zum Anlagenbau fassen sollen. Nur durch die offene*

Diskussion der Planungsannahmen, auch mit dem Fachwissen und Erfahrungen von Betreibern existierender Anlagen, kann den Bürgern gewährleistet werden, dass die geplanten hohen Millioneninvestitionen der Kommunen nicht am Ende zum Fass ohne Boden werden.“

Kontakt:

Rüdiger Weiß

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V.

Ottostr. 5

80333 München

Tel.: +49 (0)89 - 76 70 01 70

Email: info@vbs-ev.bayern